

FA Umwelt, Bau, Mobilität (Beirat Neustadt)

Ergebnisprotokoll der öffentlichen Sitzung (Nr. 14/19-23)

vom 08.03.2023 von 18.30 Uhr bis 19:58 Uhr (als ZOOM-Videokonferenz)

Anwesend: Michael Breidbach, Gabriele Mahro, Bithja Menzel, Sascha Uecker, Paula Reinhardt, Annette Yildirim

Beratend: Helga Rieck, Lars Köke (i.V.)

Fehlend: Robert Mero, Anke Maurer

Referent:innen/Gäste:

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Fionn Heinemann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit der Sitzung und Genehmigung der Tagesordnung

Der Ortsamtsleiter regt eine Erweiterung der Tagesordnung um folgende Punkte an:

- Bürgeranliegen (TOP 3)
- Ergänzungsbeschluss Poller am Delmemarkt (TOP 10)
- Stellungnahme zu: Aufstellung eines Lärmaktionsplans, 4. Stufe der Lärminderungsplanung (TOP 11)
- Beschlussfassung zu: Querparken in der Gastfeldstraße (TOP 12)

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung wird mit den zuvor eingebrachten Ergänzungen genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Genehmigung der Sitzungsprotokolle vom 11.01.2023 und 08.02.2023 (Nrn. 12+13/19-23)

Zunächst wird über den Protokolländerungsantrag von Sascha Uecker zum Protokoll vom 11.01.2023 abgestimmt. (1 Ja-Stimme, 2 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Beschluss: Das Sitzungsprotokoll vom 11.01.2023 wird genehmigt. (5 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

Sascha Uecker bittet anschließend darum, dass seine eingebrachten Änderungsanträge (TOP Verschiedenes, letzter Unterpunkt) gemäß Geschäftsordnung als Erklärung in diesem Protokoll wörtlich festgehalten werden:

- a) Ich habe ebenfalls Verständnis für die Initiative geäußert (wir alle wollen mehr Grün).
- b) Ich habe auf den KoA verwiesen und das OA gebeten, sich ggü. SKMUS dafür einzusetzen, dass mehr Beiratsvertreter teilnehmen dürfen.
- c) Es wurde formal nichts festgehalten, insbesondere gab es nach der Diskussion keinen Beschluss, sondern lediglich während der Diskussion unterschiedliche Meinungsbekundungen.
- d) Ich bin auch am Schluss bei meiner Meinung dazu geblieben.

Anschließend wird über den vorliegenden Änderungsantrag von Annette Yildirim zum Protokoll vom 08.02.2023 abgestimmt. (4 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Beschluss: Das Sitzungsprotokoll vom 08.02.2023 wird inklusive des eingebrachten Änderungsantrages genehmigt. (5 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

TOP 3. Bürgeranliegen

-

TOP 4. Verkehrssituation in der Lahnstraße

Bericht des Ortsamtsleiters vom Jour Fixe mit dem Amt für Straßen und Verkehr (ASV) (unter Beteiligung von Polizei und Umweltbetrieb Bremen):

- Für die Lahnstraße gab es nie eine ganzheitliche Verkehrs- und Parkraumplanung
- Die Planung der ausstehenden Fahrradbügel wurden im Zuge von ohnehin anstehenden einzelnen Baumaßnahmen vorgenommen. Für eine Umsetzung benötigt es weiterhin einen entsprechenden Beschluss und eigentlich eine Verkehrsplanung, da die mit dem Aufstellen der Fahrradbügel beabsichtigten Effekte zur Verkehrsberuhigung und Einseh-Möglichkeiten im Kreuzungsbereich nicht funktionieren.
- Eine ganzheitliche Neuplanung müsste von SKUMS übernommen werden, planungstechnisch und finanziell.
- Zusätzlich eingegangenes Schreiben eines Bürgers (Eigentümer eines Hauses in der Lahnstraße), der die fehlenden Fahrradbügel moniert und bereit wäre, vier Stück aus eigener Tasche zu finanzieren
- Zusätzlich eingegangenes Schreiben einer Bürgerin mit folgenden Anmerkungen: "1. Keiner beachtet Rechts vor Links. Auch die neuen Haltelinien haben keine Abhilfe geschaffen. 2. Die Autos halten sich nicht an Tempo 30 - bitte lassen sie ein Tempomessgerät mit lächelndem / traurigem Smilie installieren 3. Bitte installieren sie einen Zebrastreifen bei der Delmestraße über die Lahnstraße. 4. Die Autos parken viel zu weit in die Kreuzungsbereiche rein."

Es wird festgehalten, dass der Ortsamtsleiter mit SKUMS (Team Nahmobilität) und dem ASV in Kontakt tritt und eine ganzheitliche Planung für die Lahnstraße anstößt. Anschließend wird der Ortsamtsleiter im Ausschuss berichten.

TOP 5. Verkehrssicherheit im Kirchweg

Nachdem sich die Fachausschusssprecherin und ihre Vertreterin die Situation vor Ort angeschaut haben, bringen sie (entsprechend der zuvor beim Ortsamt eingegangenen Bürgeranliegen von Elternvertreterinnen) den im Vorfeld der Sitzung über das Ortsamt versendeten [Beschlussvorschlag](#) ein.

Beschluss: Der Beirat Neustadt fordert das Amt für Straßen und Verkehr auf, in der Nähe der KiTa Silberwarenfabrik und des zukünftigen Senior*innen-Wohnheims im Kirchweg eine Straßenquerung mit Fußgänger*innen-Ampel einzurichten. Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Mobilität hält besonders die Wegeföhrung vom Fabrikweg über den Kirchweg in den Pfad Richtung Karl-Lerbs-Schule für sinnvoll und bittet um die Prüfung an dieser Stelle. Begründung: Der Einzug der KiTa Silberwarenfabrik und perspektivisch der Bau eines Senior*innen-Wohnheims machen eine sichere Querungsmöglichkeit in diesem Abschnitt des Kirchwegs nötig. Zudem wird der Kirchweg im Rahmen der Autobahn-Bauarbeiten und anderer Entwicklungen im Stadtteil zukünftig stärker von Verkehren belastet sein, was das Queren der Straße für alle Menschen beschwerlicher machen wird. Eine Tempo-30 Zone vor den sozialen Einrichtungen alleine reicht nicht aus, um die Verkehrssicherheit herzustellen. (5 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

Annette Yildirim bringt hinsichtlich der Verkehrssicherheit im Kirchweg darüber hinaus den Prüfauftrag ein, vom ASV das Parken vor den Baumscheiben im Kirchweg prüfen zu lassen, da es zur Unübersichtlichkeit im Kirchweg beitrage. Da hierzu in der Vergangenheit bereits die Polizei tätig

war, wird das Ortsamt diesbezüglich bei der Polizei nachfragen. Anschließend soll auf der kommenden Fachausschusssitzung berichtet werden.

TOP 6. Beschlussempfehlung „Grundgeschwindigkeit Tempo 30“

Im Koordinierungsausschuss am 02.03.2023 wurde vereinbart, dass der Fachausschuss (entsprechend des bestehenden [Beschlusses](#) des Beirates Mitte) einen Beschlussvorschlag zum Thema Grundgeschwindigkeit Tempo 30 für die Beiratssitzung am 16.03.2023 vorlegt. Die Fachausschusssprecherin hat hierzu einen Vorschlag erarbeitet, welcher kurz vorgestellt wird. Dem Beirat wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Beirat Neustadt schließt sich dem Beiratsvotum aus Mitte/Östliche Vorstadt sowie Hemelingen an und fordern die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung & Wohnungsbau auf, sich der Initiative der sieben Städte anzuschließen und für Bremen im Rahmen eines Modellversuchs Tempo 30 als Basisgeschwindigkeit einzuführen: Nur noch für eine kleinere Anzahl von Straßen, auf denen eine höhere Geschwindigkeit unbedingt erforderlich ist, müsste Tempo 50 ausdrücklich angeordnet werden.

Begründung (übernommen aus den Beiräten Mitte/Östliche Vorstadt und Hemelingen)

Lebendige, attraktive Städte brauchen lebenswerte öffentliche Räume. Gerade die Straßen und Plätze mit ihren vielfältigen Funktionen sind das Aushängeschild, das Gesicht der Städte. Sie prägen Lebensqualität und Urbanität. Die WHO (Weltgesundheitsorganisation) empfiehlt global Tempo 30 innerorts. Die französische Hauptstadt Paris hat bereits im September 2021 hierzu Fakten geschaffen und flächendeckend Tempo 30 eingeführt. Auch in Spanien herrscht seit 2021 in allen Großstädten Tempo 30. Und in Deutschland?

Auch hier gibt es bereits politische Vorstöße:

- Am 17.01.2021 hat der Bundestag mehrheitlich einen Auftrag an den Bund formuliert, den Kommunen zu ermöglichen, von der Tempo 50-Vorgabe auch auf Hauptstraßen abzuweichen
- Am 16.04.2021 hat die Verkehrsministerkonferenz (VMK) den Bund aufgefordert, im Rahmen einer zeitnahen Novellierung des Rechtsrahmens einen von der VMK entwickelten Vorschlagskatalog zu berücksichtigen. Dazu gehört u. a. auch die Durchführung eines Modellversuchs zur Umkehrung der Regelgeschwindigkeit innerorts von 50 km/h auf 30 km/h.
- Im Juli 2021 haben sieben Städte (Aachen, Augsburg, Freiburg, Hannover, Leipzig, Münster, Ulm) eine Initiative für Tempo 30 innerorts gestartet. Die Städte streben an, „...kurzfristig eine Regelung zu schaffen, die es den Kommunen ermöglicht, im gesamten innerörtlichen Straßennetz flexibel und sachorientiert über ein für die jeweilige Situation angemessenes und stadtverträgliches Geschwindigkeitsniveau zu entscheiden.“ Das bedeutet, dass diese Änderung der Straßenverkehrsordnung es den Städten erlauben würde, selbstbestimmt und großflächig Tempo 30 festlegen zu können. Mehr als 70 weitere Städte, u. a. auch Bremen, haben sich mittlerweile als Unterstützer dieser Initiative angeschlossen. Konkret wird gefordert, die jetzige Regelung „50 km/h für alle Straßen, 30 km/h in Ausnahmefällen“ einfach umzukehren. Es wird also auch weiterhin möglich sein, bei geeigneten Straßen Tempo 50 anzuordnen, aber eben als Ausnahme und mit besonderer Begründung.

Viele Beiräte in Bremen versuchen seit Jahren, in ihren jeweiligen Stadtteilen für besonders belastete Straßen und Wohngebiete Tempo 30 einzuführen und scheitern immer wieder an den engen Vorschriften der StVO, die Tempo 50 als unumstößliche Regel für die Innenstädte vorgeben. Tatsache ist jedoch, dass in Bremen genauso wie in anderen Städten tagsüber aufgrund der hohen Verkehrsbelastung und den damit einhergehenden Staus faktisch kaum noch

Tempo 50 gefahren werden kann. Die Leistungsfähigkeit des Verkehrs würde daher durch Tempo 30 nicht wesentlich eingeschränkt, dafür aber die Aufenthaltsqualität spürbar erhöht. Auch die Sicherheit für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen, eine Reduktion des Verkehrslärms (insbesondere auch nachts) sowie eine geringere Schadstoffbelastung der Luft wären positive Effekte. Wir begrüßen, dass sich Bremen im März 2022 dem Unterstützerkreis angeschlossen hat. Im Sinne einer lebenswerteren Stadt sollte sich die Stadtgemeinde Bremen jedoch auch der Initiative der sieben Städte anschließen.“ (5 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

TOP 7. Beschlussfassung zum „Bremer Standard“ bei baulichen Angelegenheiten

Gabriele Mahro, die den Beschlussvorschlag eingebracht hat, stellt ihren Antrag einleitend kurz vor. Folgende Formulierung liegt zur Beschlussfassung vor:

Beschluss: Der Fachausschuss Umwelt, Bau, Mobilität empfiehlt dem Beirat Neustadt bei Stellungnahmen zu Baugenehmigungen, Bebauungsplänen und sonstigen baurechtlichen Angelegenheiten die Anwendung des vom Senat am 22. November 2022 beschlossenen „Bremer Standard“. **Begründung:** Erreichen der Klimaneutralität neuer Gebäude und Quartiere bis 2038. (4 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 8. Berichte des Amtes

<p>WVL (Wiedervorlage) aus FA UBM (Fachausschuss Umwelt, Bau, Mobilität) vom 08.02.: Quartiersachse Kaisen-Campus/Kirchweg-Baubeginn im Försteweg Hierzu wollten sich die Beiratsmitglieder (BM) zunächst einen persönlichen Eindruck vor Ort verschaffen.</p>	<p>→ Herr Mischner vom ADFC gibt zu bedenken, dass eine Asphaltierung des Weges notwendig sei. → Annette Yildirim verweist auf den diesbezüglichen Beschluss des Beirates vom 21.01.2021 → Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, die Situation im Vorfeld der kommenden Sitzung vor Ort zu begutachten und das Thema dann wieder aufzurufen</p>
<p>WVL aus FA UBM N ö. 08.02.: Erneut aufgegriffenes Bürgeranliegen vom 12.08.2021 zur Nutzung Vorgartenfläche als Müllablageplatz, Pappelstraße 32, Friedrich-Wilhelm-Straße 60 Sachstand: SKUMS (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau) liegt ein Bauantrag zu geplanten Müllcontainerboxen Ecke Friedrich-Wilhelm-Straße/Pappelstraße vor. Eine Entscheidung über den Bauantrag soll erst getroffen werden, wenn der Antrag an SKUMS vom 22.08.22 ordnungsgemäß bearbeitet wurde.</p>	<p>→ Der Ausschuss sieht hierzu momentan keinen Handlungsbedarf. → Das Ortsamt teilt dies dem Antragsteller mit.</p>
<p>WVL aus FA UBM N ö. 08.02.: Rückmeldung zum Beschluss des Beirates Neustadt vom 19.01.2023 zu Tischtennisplatten und Fitessgeräten in den Neustadtwallanlagen → Mehrere Beiratsmitglieder haben sich dafür ausgesprochen, die Förderung weiter zu verfolgen und ggf. eine Finanzierung aus Globalmitteln in Betracht zu ziehen.</p>	<p>→ Mehrere Mitglieder sprechen sich grundsätzlich dafür aus, das Anliegen weiter zu verfolgen. → Sowohl die Finanzierung als auch die Art der Sportgeräte sollen</p>

<p>Sachstand: Ablehnende Stellungnahmen von SJIS und SKUMS Im Budget der Grünordnung (SKUMS) stehen keine investiven Mittel für Tischtennisplatten und Fitnessgeräte zur Verfügung. Aus dem Bereich der sozialen Stadtentwicklung wird ebenfalls keine Möglichkeit der Unterstützung gesehen, da man sich an der Förderung von Trägern in entsprechenden Programmgebiete aus WIN, LLQ usw. orientieren müsse. Seitens der Spielraumförderung kann nur Einfluss auf die Gestaltung des Spielplatzes in den Wallanlagen genommen werden.</p> <p>SKUMS sieht eine zusätzliche Belastung der Grünanlage mit weiteren Geräten kritisch, da bereits viele Möglichkeiten, die über den Zweck der Naherholung hinausgehen, bestehen (z.B. zwei Tischtennisplatten, Basketballfeld, Volleyballfeld)</p>	<p>nochmals geklärt werden. Ggf. wäre für den Beirat die Finanzierung eines „kleinen“ Gerätes möglich → Bithja Menzel wird beim Sozialressort nachfragen, wer hier zuständig ist</p>
<p>WVL aus FA UBM N ö. 08.02.23: Bürgeranliegen vom 13.01.23: Bürger spricht sich für eine zeitnahe Installation von öffentl. Ladesäulen im Bereich Buntentorsteinweg/Kirchweg aus. Seines Erachtens wäre eine Ladealternative an der Straße am neugestalteten kleinen Park Hierzu hat das OA (Ortsamt) SKUMS kontaktiert, um sich über eine generelle Planung zur Infrastruktur für Ladesäulen für die Neustadt zu informieren.</p> <p>Ergebnis der Sachstands-anfrage bei SKUMS:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Momentan besteht kein Konzept. Ladesäulenbetreiber stellen mit steigender Tendenz eigenständig Sondernutzungsanträge beim ASV (Amt für Straßen und Verkehr) - Derzeit keine zentrale Steuerung, keine Flächendeckung. Verfahren werden zurzeit neu abgestimmt, Vergabekriterien werden ebenfalls geprüft. - Zu diesem Zweck wird momentan ein Ladeinfrastrukturkonzept von einem externen Dienstleister erstellt, welches voraussichtlich Mitte des Jahres fertig sein wird. - Ziel: Strategische Steuerung und breitflächige Infrastruktur. - Ein Zwischenstandsbericht wird am 09.03. erwartet. SKUMS wird uns die entsprechende Deputationsvorlage dann zusenden. - Wenn der Bericht fertig ist, kann bei Bedarf auch eine Vorstellung im Beirat erfolgen <p>Der Zwischenstand des Ladeinfrastrukturkonzepts liegt nun vor</p>	<p>→ Kenntnisnahme → Das Ortsamt informiert den Antragsteller über den aktuellen Stand des Konzepts</p>
<p>WVL aus FA UBM N ö. vom 08.02.23: Ein Bürger moniert die 2021 vom ASV versprochenen noch immer fehlenden Fahrradbügel im Bereich des Vorderen Stadtwerderparks. Durch Nachhaken des Ortsamtes und des ASV wurden nach Mitteilung des ASV vom 01.03.2023 nun 17 Bügel aufgestellt.</p>	<p>→ Kenntnisnahme</p>
<p>Umweltbetrieb Bremen: Baumgutachten zu 5 Robinien auf dem Delmemarkt vor Rewe legt aus Sicherheitsgründen eine Fällung der Bäume nahe</p>	<p>→ Die Ausschussmitglieder bedauern den Umstand, das Gutachten sei jedoch eindeutig → Der Ausschuss bittet um nähere Informationen hinsichtlich geplanter Neu- bzw. Ersatzpflanzungen. → Auch eine mögliche Unterstützung durch den Beirat wird thematisiert</p>

<p>Situation Fahrradweg Meyerstraße zwischen Kornstraße und Thedinghauser Str.) (aus Jour Fixe mit ASV am 13.02.)</p>	<p>→Eine Verbesserung der Verkehrssituation für Radfahrende wird vom Beirat befürwortet. →Es wird angemerkt, dass eine Lösung unter der Prämisse des Baumerhaltes gefunden werden müsse. →Ein Fachausschussmitglied wird einen entsprechenden Beschlussvorschlag als Prüfauftrag ans ASV zur kommenden Sitzung vorbereiten</p>
<p>Sachstand Geschwindigkeitsmesstafel (GMT) Hohentorsheerstraße: Rückmeldung Elektro Siemer: Die Überprüfung würde nach tatsächlichem Aufwand berechnet und bei einem angenommenen Aufwand von ca,. 1-2 Std. ca. 250,- € netto kosten</p>	<p>→Der Fachausschuss bewilligt 300,00€ aus dem Stadtteilbudget für eine erste Überprüfung der GMT (einstimmig) →Es wird angemerkt, dass für den Betrieb der GMT eine Patenschaft gefunden werden müsste.</p>

TOP 9. Berichte aus dem Fachausschuss

-

TOP 10. Ergänzungsbeschluss Poller am Delmemarkt

Beschluss: Um eine Instandsetzung der Poller am Delmemarkt sicherzustellen, stellt der Beirat Neustadt (in Ergänzung zum Beschluss vom 16.02.2023) zusätzlich 800 € aus dem Stadtteilbudget Verkehr zur Verfügung, welche bei Bedarf nach Rechnungsstellung abgerufen werden können. (einstimmig)

TOP 11. Stellungnahme zu: Aufstellung eines Lärmaktionsplans, 4. Stufe der Lärminderungsplanung

Der Fachausschuss nimmt den Lärmaktionsplan zur Kenntnis.
Zudem wird angemerkt, dass jeder Bürger die Möglichkeit hat Lärmquellen auf folgender Webseite zu melden: [Öffentlichkeitsbeteiligung Phase 1 – Lärmaktionsplanung 4. Stufe vom 01. bis 31. März 2023 \(bremen.de\)](#)

Der Link soll zudem auf der Webseite des Ortsamtes zur Verfügung gestellt werden.

TOP 12. Beschlussfassung zu: Querparken in der Gastfeldstraße

Zum TOP liegt ein [Beschlussvorschlag](#) vor, über den nach kurzer Vorstellung abgestimmt wird.

Beschluss: Im Bereich Gastfeldstraße Höhe der Hausnummern 153-157 gibt es einen seitlichen Parkstreifen. Dieser wird seit Jahrzehnten von den Anwohner:innen so genutzt, dass die Autos quer bis auf den Fußweg geparkt werden. Dadurch können dort statt max. 4-5 Autos die doppelte Anzahl an Autos abgestellt werden. Vor einigen Monaten wurden die Querparkenden durch das Ordnungsamt darauf hingewiesen, dass sie dort nur auf dem Parkstreifen parken dürfen und ihnen zukünftig Bußgelder drohen. Da an der Stelle das Querparken seit vielen Jahrzehnten ausgeübt wurde und auf das Parken auf dem Seitenstreifen keine Schilder hinweisen, hat sich durch das einmalige „Abzetteln“ der Zustand dort seitdem nicht verändert. Der Fußweg in dem Bereich ist ca. 5m breit, daher könnte durch das Auftragen von farblichen Markierungen zum Querparken, wie man es an einigen Stellen in der Neustadt sehen kann, das Querparken legalisiert werden. Der Beirat Neustadt bittet daher das Amt für Straßen und Verkehr um Prüfung der Legalisierung des Querparkens mit Nutzung eines Teils des Fußweges. (5 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

TOP 13. Verschiedenes

Hierzu liegen einige kurzfristig von zwei Beiratsmitgliedern an das Ortsamt übermittelte Bürgeranliegen vor:

- Haltestelle der Linie 6 Schleiermacherstraße: dort fehlt unbedingt ein Geländer zur Straßenseite (wie z.B. an der Haltestelle Herdentor), um die tägliche große Gefährdung für Kinder, auf die Straße zu gelangen, einzudämmen.

→ Nach Einschätzung des Ortsamtsleiters liegt die Zuständigkeit hierfür bei der BSAG und dem ASV

Zu den weiteren Punkten wird festgehalten, dass diese auf Wiedervorlage für die kommende Sitzung gelegt werden und sich die Ausschussmitglieder in der Zwischenzeit die Situation vor Ort anschauen.

Im Anschluss an diese Sitzung tagt der Fachausschuss nichtöffentlich.

Bithja Menzel
Ausschusssprecherin

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Fionn Heinemann
Protokoll